

„Neue Konflikte drohen“

Ottmar von Holtz (Bündnis 90/Die Grünen) im Interview mit der Wochenzeitung „Das Parlament“

Der Bundestagsabgeordnete Ottmar von Holtz (Bündnis 90/Die Grünen) hält die Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe in Deutschland für ungenügend. „Schon die Kinder erfahren nichts davon in der Schule und entwickeln daher als Erwachsene kein Verständnis für den Umgang mit diesem Teil unserer Geschichte“, sagte der Entwicklungspolitiker im Interview mit der Wochenzeitung „Das Parlament“ (Erscheinungstag der Themenausgabe „Das koloniale Erbe“: 6. Januar 2020). Das Thema müsse daher unter anderem in den Lehrplänen präsenter werden. Außerdem sollte ein zentraler Gedenkort für die Opfer des Kolonialismus sowie ein finanziell gut ausgestattetes Forschungsinstitut zur deutschen Kolonialgeschichte geschaffen werden.

Der in Namibia geborene Grünen-Politiker hält außerdem eine offizielle Bitte um Entschuldigung der Bundesregierung für den Völkermord an den Herero und Nama im damaligen Deutsch-Südwestafrika für „absolut überfällig“. Die bereits seit vier Jahren laufenden Regierungsverhandlungen müssten schnellstens abgeschlossen werden, da das „zögerliche Verhalten“ der Bundesregierung bereits zu Verwerfungen und neuen Konflikten in Namibia führe. „Da entsteht eine sehr konfrontative Stimmung, die mich sehr sorgt“, warnte von Holtz.

Das Interview im Wortlaut:

Herr von Holtz, Sie sind in Namibia, ehemals Deutsch-Südwestafrika, geboren und aufgewachsen und 1984 nach Deutschland ausgewandert, um dem Wehrdienst bei der südafrikanischen Besatzungsmacht zu entgehen. In Ihrem Büro hängt eine übergroße Afrika-Landkarte. Wie eng sind Ihre Bindungen zu Ihrem Geburtsland heute?

Meine Herkunft kann ich nicht verleugnen, auch wenn sie mir nicht sofort anzusehen ist. Ich habe viel Afrika in meinem Blut und meinem Wesen und bin oft dort, um Verwandte und Freunde zu besuchen.

Welche Spuren hat die deutsche Kolonialzeit von 1884 bis 1915 in Namibia hinterlassen?

Viele Gebäude, Straßen und Orte tragen deutsche Namen und es gibt eine große Zahl an deutschsprachigen Namibiern, die in vierter Generation im Land leben. Im öffentlichen Bewusstsein war die südafrikanische Kolonialzeit, die von 1920 bis 1990 andauerte, aber lange das viel größere Thema. Das hat sich geändert, nachdem diese Epoche weitgehend aufgearbeitet wurde. Inzwischen treibt die deutsche Kolonialzeit vor allem die Angehörigen der Herero

und Nama sehr um. Sie wurden von den Deutschen ihres Landes beraubt und fast ausgerottet, die Folgen sind bis heute sichtbar.

Die Gräueltaten gegenüber den Volksgruppen bezeichnet die Bundesregierung erst seit 2015 als Völkermord. Eine offizielle Bitte um Entschuldigung steht aber aus, obwohl sie seit vier Jahren mit Namibia über den Umgang mit diesem Genozid verhandelt. Warum tut sie sich so schwer?

Das wüsste ich auch gern. Die Opferseite hat ja klare und nachvollziehbare Erwartungen. Erstens fordert sie, dass wir die Gewalttaten offiziell als Völkermord anerkennen. Da wäre es sehr hilfreich, wenn der Bundestag endlich eine Resolution verabschieden würde. In einem zweiten Schritt sollte die Bundeskanzlerin oder der Bundespräsident die Angehörigen der Opfer um Entschuldigung bitten. Drittens soll dem ein finanzielles Engagement folgen, das spürbar zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Betroffenen führt.

Die Bundesregierung ist zu allen drei Schritten grundsätzlich bereit, trotzdem ist eine Einigung nicht in Sicht.

Das liegt meiner Ansicht nach daran, dass die Bundesregierung alles in einem Paket verhandeln will. Aber die Frage der finanziellen Wiedergutmachung erschwert die Verhandlungen wegen der unterschiedlichen Erwartungen auf beiden Seiten sehr. Wir sollten deshalb einen Schritt nach dem anderen tun. Prioritär und absolut überfällig ist die Bitte um Entschuldigung, danach können wir weiter darüber reden, wie eine Entschädigung aussehen kann. Es eilt, denn leider führt das zögerliche Verhalten der Bundesregierung bereits zu Verwerfungen und neuen Konflikten in Namibia.

Wie macht sich das bemerkbar?

Je länger die Verhandlungen dauern, desto mehr verschlechtert sich vor Ort das Verhältnis zwischen Namibiern und den Nachfahren der deutschen Kolonialisten. Die Spannungen und Ressentiments nehmen auf beiden Seiten zu, so gibt es Drohungen, die Farmen der Weißen ähnlich wie in Simbabwe gewaltsam zu übernehmen. Da entsteht eine sehr konfrontative Stimmung, die mich sehr sorgt.

Die Bundesregierung hat unter anderem eine Stiftung zur Aufarbeitung der Kolonialzeit und einen Fonds für Hilfsprojekte in Namibia vorgeschlagen. Reicht das der namibischen Seite nicht?

Ich kenne keine konkreten Zahlen, aber ich höre, dass es in Namibia Vorstellungen von der Höhe der finanziellen Wiedergutmachung gibt, die alles übersteigen, was Deutschland stem-

men könnte. Erschwert wird eine Lösung auch, weil sich die verschiedenen Herero- und Nama-Gruppierungen nicht immer einig sind; einige misstrauen der namibischen Regierung, andere sind Teil der Verhandlungsdelegation. Das alles ändert aber nichts daran, dass es zuallererst Aufgabe der Bundesregierung ist, um Entschuldigung zu bitten. Die Uneinigkeit über die Höhe einer Zahlung sollte nicht zu weiteren Verzögerungen führen.

Viele Herero und Nama fordern individuelle Entschädigungsleistungen. Warum schließt die Bundesregierung das kategorisch aus?

Das Auswärtige Amt hat möglicherweise Angst vor einer juristischen Festlegung und möchte keinen Präzedenzfall schaffen. Schließlich hatte Deutschland noch andere Kolonien in Afrika, und auch wenn die deutsche Kolonialzeit vergleichsweise kurz war, war sie streckenweise sehr heftig. Mir als Politiker sind die die Begrifflichkeiten nicht so wichtig. Wir brauchen am Ende eine Lösung, die auch nennenswerte Geldleistungen umfassen sollte.

Wie ist es jenseits der Debatte über den Völkermord an den Herero und Nama um die Aufarbeitung des kolonialen Erbes in Deutschland bestellt?

Schlecht. Schon die Kinder erfahren nichts davon in der Schule und entwickeln daher als Erwachsene kein Verständnis für den Umgang mit diesem Teil unserer Geschichte. Wer weiß heute schon, dass viele Grenzen in Afrika während der deutschen Kolonialzeit gezogen wurden? Das wirkt sich bis heute aus, nehmen Sie Kamerun: Dort wurden bei der Grenzziehung die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen zusammengewürfelt, heute droht dem Land ein verheerender Bürgerkrieg.

Union und SPD haben in ihrem Koalitionsvertrag erstmals festgehalten, dass die Erinnerung an die Verbrechen in der Kolonialzeit Teil der deutschen Gedenkkultur werden soll. Ist das nicht erster, wichtiger Schritt?

Natürlich, nur sind diesem Bekenntnis bislang kaum Taten gefolgt. Allerdings geht das Thema auch so tief, das wir es nicht in einer Regierungsperiode werden abhandeln können. Die deutsche Kolonialzeit prägt unter anderem unser Afrika-Bild bis heute – selbst das des Afrika-Beauftragten der Bundesregierung, Günter Nooke. Wer meint, dass die Kolonialzeit in Afrika dazu beigetragen habe, „den Kontinent aus archaischen Strukturen zu lösen“, offenbart ein völlig veraltetes, kolonialistisches Denken. Damit sich an solchen Sichtweisen etwas ändert, muss das Thema auch in den Lehrplänen präsenter werden.

Braucht es einen zentralen Gedenkort für die Opfer des Kolonialismus?

Das ist sehr wichtig, wir Grünen haben dazu schon viele Anträge gestellt. Entscheidend ist dabei, dass wir die Betroffenen am Konzept beteiligen. Nur gemeinsam können wir das richtige Format und die richtige Ansprache finden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat angekündigt, Kunstwerke aus früheren Kolonien komplett an die Herkunftsländer zurückzugeben. Ist das ein Vorbild für Deutschland?

Die Lösung kann nicht sein, die Kunstwerke in einen Karton zu packen und nach Togo, Kamerun oder Tansania zu verschiffen. Wenn wir uns auf diese Weise der Vergangenheit entledigen, besteht die Gefahr, dass wir einen Deckel draufmachen und uns nicht mehr mit ihr auseinandersetzen.

Was ist die Alternative?

Wir sollten mit den rechtmäßigen Besitzern überlegen, was mit den Werken passieren soll. Außerdem ist ein finanziell gut ausgestattetes Forschungsinstitut zur deutschen Kolonialgeschichte überfällig. Wissenschaftler, Institute und Museen in den einstigen Kolonialstaaten sollten wir unterstützen und mit ihnen Projekte zur Erinnerung und Aufarbeitung entwickeln. Es geht hier um unsere gemeinsame Geschichte, deshalb sollten wir auch eine gemeinsame Erinnerungskultur entwickeln.

- Das Gespräch führte Johanna Metz.
- Ottmar von Holtz (Bündnis 90/Die Grünen), geboren in Gobabis (Namibia), sitzt seit 2017 im Bundestag und ist dort Obmann seiner Fraktion im Entwicklungsausschuss.

2.1.2020

Deutscher Bundestag, Pressestelle

www.bundestag.de

Das Interview erschien am 6.1.2020 in der Wochenzeitung „Das Parlament“